

Berlin, 29. April 2010

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortlich
Sandra Hennig

Telefon 030.4081-5510
Telefax 030.4081-5599
post@dbbj.de
www.dbbj.de

dbb jugend zur geplante Wehr- und Zivildienstreform:

**Rahmenbedingungen für Personalgewinnung
auf dem sozialen Arbeitsmarkt verbessern**

Die dbb jugend sieht in der von der Bundesregierung geplanten Wehr- und Zivildienstreform Chance und Verpflichtung zugleich, grundsätzlich bessere Rahmenbedingungen für die Personalgewinnung auf dem sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen.

„Die Folgen der Wehrdienstverkürzung auf sechs Monate für den Zivildienst, der als Wehersatzdienst ebenfalls auf sechs Monate zu verkürzen ist, sind durchaus kritisch“, sagte die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Hennig in Berlin. „Die Wohlfahrtsverbände sowie die sozialen Einrichtungen und damit auch Teile des öffentlichen Dienstes, wo Zivildienstleistende eingesetzt sind, wird das zweifellos vor neue Herausforderungen im personellen Bereich stellen.“ Soziale Aufgaben könnten unter Umständen nicht mehr in vollem Umfang wahrgenommen werden. „Daher sollte die Bundesregierung die Wehr- und Zivildienstreform als Chance und Verpflichtung zugleich auffassen, grundsätzlich bessere Rahmenbedingungen für die Personalgewinnung auf dem sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen“, forderte die dbb jugend-Chefin. „Tatsache ist, dass durch den Einsatz von Zivildienstleistenden beispielsweise in den Kommunen, etwa in Kliniken oder Kindertagesstätten, staatliche Aufgaben teilweise auf günstige Arbeitskräfte übertragen wurden. Hier sollte der Staat als öffentlicher Arbeitgeber künftig seiner Verantwortung wieder besser gerecht werden und staatliche Aufgaben auch durch aufgaben- und leistungsgerecht beschäftigte und bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen lassen“, so Hennig.

Eine wachsende Bedeutung bei der Erfüllung sozialer Aufgaben misst die dbb jugend neben der staatlichen Daseinsvorsorge auch dem freiwilligen Engagement zu. Deswegen muss die Förderung des Ehrenamtes ein hohes Ziel der Politik sein. „Wir wollen für den öffentlichen Dienst eine Ausweitung der Sonderurlaubstage für das Ehrenamt und eine stärkere Berücksichtigung von sozialem Engagement in der Beurteilung und Beförderung. Junge Menschen, die sich freiwillig für andere einsetzen, dürfen nicht ausgebremst werden“, betonte Hennig.

pressediens